

Liebe Landsleute,

einmal mehr erleben wir mit der Inklusion ein neues Betätigungsfeld von linken und gleichmacherischen Ideologen. Sie verschließen sich der Tatsache, dass ungleiche Voraussetzungen nun einmal differenziert behandelt und ggf. gefördert werden müssen. Förderschulen mit ihrem speziell ausgebildeten Personal bieten hierbei die beste Möglichkeit, auf die entsprechenden Bedürfnisse, Defizite und Begabungen der betroffenen Kinder einzugehen.

Entgegen der Annahme linker Ideologen bedeutet Ungleichheit nämlich nicht Ungerechtigkeit. Beim Menschenversuch Inklusion verlieren hingegen alle Beteiligten!

Ihr David Petereit



DAVID PETEREIT
BILDUNGSPOLITISCHER
SPRECHER

Der Landtagsabgeordnete David Petereit ist bildungspolitischer Sprecher der NPD-Landtagsfraktion. Nach seinem Abitur und dem Wehrdienst absolvierte er eine Lehre zum Rechtsanwaltsfachangestellten. Diese schloss er als Jahrgangszweitbesten des Landes ab.

Sprechen Sie mit uns! Anders als die etablierten Parteien nehmen wir Ihre Probleme ernst. Sie können uns persönlich sprechen und auch per Telefon oder E-Post kontaktieren.

BÜRGERTELEFON 0385-5251305



SCHREIBEN SIE UNS!

Ich interessiere mich für die Arbeit der NPD-Fraktion und bitte um Übersendung von Infomaterial.

Bitte nehmen Sie mich in Ihren Informationsverteiler auf.

Vi.S.d.P.: Herausgeber und verantwortlicher Redakteur Michael Grewe - Lennéstraße 1, 19053 Schwerin - E.i.S.



NPD-Landtagsfraktion Mecklenburg-Vorpommern
Lennéstraße 1, 19053 Schwerin



0385 - 5251322



info@npd-fraktion-mv.de



0385 - 5251321



www.facebook.com/NPDFraktionMuP



www.npd-fraktion-mv.de

Inklusion wird
zur Frustration!



**MENSCHENVERSUCH
„INKLUSION“ BEENDEN
FÖRDERSCHULEN
ERHALTEN!**



www.npd-fraktion-mv.de

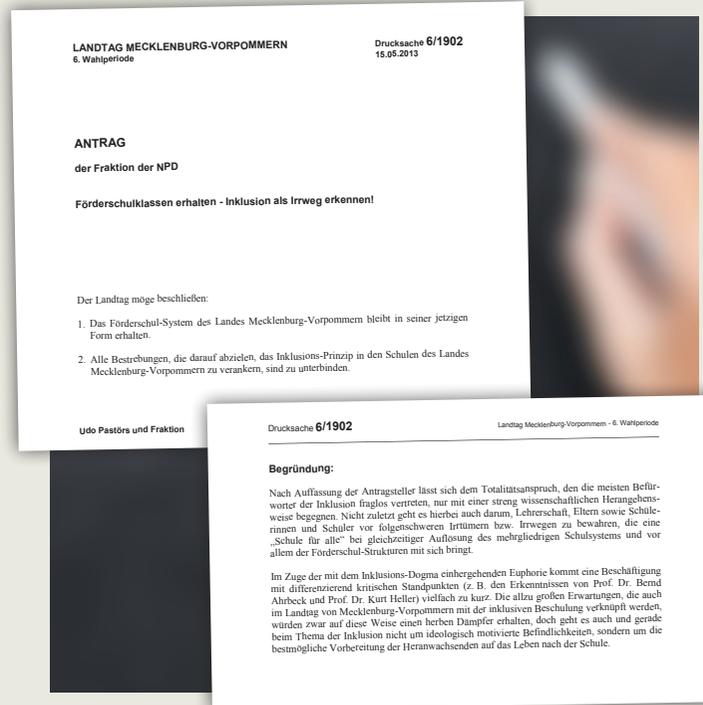
MENSCHENVERSUCH „INKLUSION“ BEENDEN – FÖRDERSCHULEN ERHALTEN!

Die deutsche Bildungslandschaft ist ein Flickenteppich. Von einem bundesweit einheitlichen Bildungssystem sind wir weiterhin Lichtjahre entfernt, weil jedes Bundesland sein eigenes Süppchen kocht. Doch anstatt sich den bestehenden Herausforderungen zu stellen, werden weiterhin neue Baustellen aufgerissen. In Mecklenburg-Vorpommern ist derzeit die „Inklusion“ das erklärte Steckenpferd der Parteien von Linke bis zur CDU.

Vordergründig wird argumentiert, die Bundesrepublik hätte sich aufgrund ihrer Zustimmung zur UN-Behinderterrechtskonvention zur Inklusion verpflichtet. Es geht darum, die Lage der behinderten Kinder zu verbessern, von denen weltweit 98 Prozent keinen Zugang zur Bildung hätten. Allerdings ist das etablierte deutsche Förderschulsystem völlig ausreichend, um diese Ziele zu erfüllen. Doch genau das soll nun, dem Willen der linken Bildungsideologen folgend, abgeschafft werden, obwohl dies mit keiner Silbe in der UN-Konvention gefordert wird.

Nebenbei ist die Umsetzung der schulischen Inklusion mit immensen Mehrkosten verbunden. In einem Zeitraum von zehn Jahren müssten bundesweit 9.300 zusätzliche Lehrer eingestellt werden. Das geht aus einer 2012 veröffentlichten Studie des Bildungsforschers Prof. Klaus Klemm von der Universität Duisburg-Essen hervor. Insgesamt würde dies einen Mehraufwand von 660 Millionen Euro ab 2020/21 bedeuten – pro Jahr, wohlgemerkt. Denn neben zusätzlichen Lehrern wären auch Sonderpädagogen, Psychologen und Therapeuten erforderlich. Noch nicht inbegriffen sind Aufwendungen für Umbaumaßnahmen: Rampen, Fahrstühle und Räume für therapeutische Behandlungen, die mit der Aufnahme behinderter Schüler in Regelschulen verbunden wären.

Noch schwerwiegender ist jedoch, dass durch eine gemeinsame Beschulung behinderter und nichtbehinderter Kinder die Unterrichtsqualität



und die Lernergebnisse leiden. Denn wie soll sich ein Lehrer, der vollauf mit der „Einbeziehung“ der Kinder „mit besonderem Förderbedarf“ beschäftigt ist, zeitgleich noch um die Leistungsstarken kümmern? Allein dadurch, dass ein oder wenige Schüler immer wieder „mitgenommen“ werden müssen, finden am laufenden Band Sondergespräche statt, wodurch die Aufmerksamkeit der übrigen für das Stundenthema insgesamt schwindet. Im Ergebnis werden leistungsstarke Schüler unterfordert und leistungsschwächere überfordert. Unzufriedenheit und Frustration sind die Folgen bei allen Beteiligten, was dem Ziel der Schaffung eines „solidarischen“ Klassenverbandes unter Einschluss der behinderten Kinder letztlich genau zuwiderläuft.

Schließlich wird ein geordneter Unterricht mit zunehmender Zahl schwer verhaltensauffälliger, oft aggressiver

Kinder gestört oder sogar unmöglich gemacht. Vor diesem Hintergrund forderte die NPD-Landtagsfraktion in einer parlamentarischen Initiative, das Inklusionsexperiment sofort zu beenden und weiterhin auf das bewährte System der Förderschulen zu setzen.

Doch hinter dem Inklusionskonzept steckt mehr als nur die angebliche Fürsorge für behinderte Menschen. Den radikalen Ideologen, die in der Debatte den Ton angeben, geht es längst nicht nur um eine Verbesserung der Lebensverhältnisse, sondern um eine „inklusive Gesellschaft“. Fernab aller wissenschaftlichen Erkenntnisse lautet der Schlachtruf, dass man als Behinderter nicht behindert sei, sondern gemacht werde. Allein die Diagnose eines sonderpädagogischen Förderbedarfs wird schon als „diskriminierend“ bezeichnet. Der Betroffene hätte damit sein Recht auf Teilhabe an der Gesellschaft, sein Recht auf Bildung und sein Recht auf ein selbstbestimmtes Leben verloren. Förderschulen werden in die Nähe totalitärer Einrichtungen gerückt.

Die NPD-Fraktion fordert:

- ▶ Den Erhalt des Förderschulsystems
- ▶ Die Schaffung eines bundesweit einheitlichen Bildungssystems
- ▶ Wohnortnahe Schulen und kleine Klassenverbände
- ▶ Einheitliche Schulkleidung
- ▶ Die getrennte Beschulung von Deutschen und Ausländern